

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
STADTENTWICKLUNGS- UND
UMWELTAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
12. StUA 2004-2009
Sitzungsdatum:
14.06.2006**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 14.06.2006

Unter dem Vorsitz von versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
2. EuRegionale 2008
 - 2.1. Sachstandsbericht
 - 2.2. Vorstellung Teilprojekte 2007
3. Bebauungsplanangelegenheiten
 - 3.1. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 9. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 - 3.2. Bebauungsplan Nr. 91 Bahnhofsumfeld 2. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 - 3.3. Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung
 - 3.4. Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg -
hier: Straßenausbauplanung
 - 3.5. Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg -
hier: Externe Ausgleichsmaßnahmen
4. Flächennutzungsplanangelegenheiten
 - 4.1. 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

- 4.2. 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Grünfläche" in
"Verkehrsfläche" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
- 4.3. 32. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Brünenstraße
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die
Landwirtschaft" in "Mischgebiet" und "Gewerbegebiet"
5. Antrag der Deutschen Bahn AG (DB AG) zum Umbau von 4 Bahnüber-
gangssicherungsanlagen
hier: Bahnübergang 4 -Zweibrüggen-
6. Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow
Herr Bernhard Brade
Herr Herbert Fibus
Herr Joachim Fröhlich
Herr Josef Fröschen
Herr Wolfgang Schneider
Herr Matthias Spätgens
Herr Gerd Streichert
Herr Hubert Wynands

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Frau Brigitte Appelrath
Herr Peter Hermanns
Herr Paul Joeris
Frau Norma Kuhlmeier

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Carla Glashagen
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen

Verwaltungsbedienstete

Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker
Schlüter

Herr Achim Engels
Herr Karl Hensgens

Schriftführer

Herr Horst Tacke

Stv. Ausschussvorsitzender Fröhlich eröffnete die Sitzung, begrüßte die Teilnehmer und stellte die fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Stadtverordneter Fröschen meldete für die CDU-Fraktion eine Anfrage am Ende des öffentlichen Teils an.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

Beschluss:

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2 **EuRegionale 2008**

2.1 **Sachstandsbericht**

Protokoll:

Anhand des folgenden Berichtes erläuterte Herr Tacke den aktuellen Sachstand bezüglich der die Stadt Übach-Palenberg tangierenden EuRegionale-Projekte und der jeweiligen Teilprojekte:

Sachstandsbericht „EuRegionale 2008“

Die Projekte im Rahmen der Euregionale 2008, an denen die Stadt Übach-Palenberg beteiligt ist, sind

- 1) das grenzüberschreitende HÜLK-Projekt „**Grenzland Wurm**tal“
- 2) das über Interreg III a geförderte Projekt „**Grünmetropole**“
- 3) das Projekt „**Via Belgica, vici Romani**“

Grenzland Wurmtal

Nach der Verabschiedung des Landeshaushaltes für 2006 sollen für alle qualifizierten EuRegionale-Projekte insgesamt knapp über 50 Mill. € Fördergelder aus Stadterneuerungsmitteln bereit gestellt werden. Der Anteil für das Projekt „Grenzland Wurm

tal“ soll sich daraus auf 4.2 Mill. € bis 2008 belaufen. Für das Jahr 2006 sind davon 1.15 Mill. € eingeplant. Es ist vorgesehen, dass über die Zuordnung finanzieller Mittel für die einzelnen Projekte und ihre jeweiligen Teilprojekte die Gesellschafterversammlung der EuRegionale 2008 am 22. Juni endgültig entscheiden wird.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass alle Teilprojekte des Gesamtprojektes „Grenzland Wurm

tal“ mit der Labelung förderwürdig sind, das Teilprojekt „**Renaturierung der Wurm**“ über Stadterneuerungsmittel jedoch nicht förderfähig ist. Es ist daher das

Bestreben des Wasserverbandes Eifel-Rur als Projektträger, der Stadt Übach-Palenberg und der EuRegionale-Agentur, für die beiden Renaturierungsabschnitte eine Förderung über das Gewässerprogramm des Landes NRW zu erreichen. Darüber hinaus ist eine Unterstützung aus dem politischen Raum für die Förderung dieses Kernprojektes der EuRegionale 2008 im Stadtgebiet Übach-Palenberg notwendig, um eine möglichst Realisierung im Zeitrahmen der EuRegionalen zu gewährleisten.

Für beide Abschnitte bei Zweibrücken und bei Marienberg ist das erforderliche Planfeststellungsverfahren angelaufen. Zur Zeit zeichnet sich ab, dass wohl der Abschnitt zwischen dem Naherholungsgebiet und der Ortslage Zweibrücken wegen der wesentlich unkomplizierteren Grundstücksfrage vorläufig den 1. Umsetzungsabschnitt der Renaturierung darstellen wird und für das Jahr 2007 anzustreben

Auf der Grundlage der Beschlüsse des Stadtentwicklungs- und Umweltausschusses aus 2005 wurden unter Federführung der Stadt Herzogenrath Förderanträge für das „**Projektmanagement**“

und den

„**Wettbewerb Brückenschlag**“

gestellt und seitens der Bezirksregierung für 2005 und 2006 bewilligt. Die Ergebnisse aus dem „Wettbewerb Brückenschlag“ werden am 19. Juni von den teilnehmenden Wettbewerbsteams der Sach- und Fachjury vorgestellt, die dann über die Preisträger entscheiden wird.

Die ebenfalls vom Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss beschlossenen Teilprojekte

„**Öffnung Schloss Zweibrücken**“,

„**Illumination Wasserturm**“,

„**Biotopvernetzung Frelenberg-Süd**“

und

„**Bed&Bike-Station**“

wurden von der Stadt Übach-Palenberg direkt beantragt. Der Antrag „Illumination Wasserturm“ wurde allerdings dahingehend modifiziert, dass ein neuartiges, energiesparendes Diodenlasersystem in Verbindung mit einem Fotovoltaik-System zur Anwendung kommen soll, um die Verbrauchskosten auf ein Minimum zu beschränken. Die Verwaltung ist zuversichtlich, dass nach dem endgültigen Entscheid der Gesellschafterversammlung für diese beantragten Teilprojekte im Stadtgebiet Übach-Palenberg bis Ende August Förderbescheide vorliegen werden. Für das Projekt „Bed&Bike-Station“ wird in diesem Jahr eine Anteilsfinanzierung erwartet, wobei noch einmal herauszustellen ist, dass die Stadt Übach-Palenberg lediglich Zusageempfänger, nicht aber Betreiber der Station sein wird.

Grünmetropole

Der Interreg IIIa – Antrag von mehr als 20 Projektpartnern in Belgien, den Niederlanden und Deutschland wurde in 2005 bewilligt. Für die Stadt Übach-Palenberg sind 370.000 € bei einem Eigenanteil in Höhe von 74.000 € vorgesehen. Dieser Eigenanteil reduziert sich um 25.000 €, die der Stadt vom Kreis Heinsberg als zusätzlichem Förderbeitrag zur Verfügung gestellt werden.

Die vorgesehenen Maßnahmen belaufen sich auf die Erweiterung der P&R-Anlage westlich des Bahnhofs Palenberg, die Einrichtung von zwei Info-Points am CMC und am Bahnhof Palenberg als zentraler touristischer Informations- und Anlaufstelle, die Beschilderung der Grün- und Metropolroute, Erstellung von Kartenmaterial, Durchführung von Veranstaltungen, Public Relation, Marketing, Finanz- und Projektmanagement.

Für 2006 ist die Erweiterung der P&R-Anlage mit einem Betrag von 80.000 € verbindlich vorgesehen. Die P&R-Anlage, die bereits jetzt dem Bedarf kaum noch gerecht werden kann, soll um ca. 40 Stellplätze in westlicher und südlicher Richtung entsprechend der vorgestellten Planung erweitert und mit einem Wohnmobilstellplatz für 12 Wohnmobile als Teilprojekt von „Grenzland Wurmatal“ für 2007 touristisch ergänzt werden (siehe TOP 2.2).

Via Belgica, Vici Romani

Das gemeinsam mit der Stadt Baesweiler und der Gemeinde Landgraaf anvisierte Projekt „**Via Belgica, Vici Romani**“ wird im Rahmen der Finanzierungsmittel für die EuRegionale 2008 keine Berücksichtigung mehr finden können. Die 1. Stufe des Masterplans wurde abgeschlossen. Eine Marktstudie als 2. Stufe zum Masterplan befindet sich in der Endbearbeitung.

Grundsätzlich sind Vertreter des Ministeriums, der Bezirksregierung, des Amtes für Bodendenkmalpflege, der EuRegionale-Agentur und der beteiligten Projektträger darüber eingekommen, das Projekt einzubinden in konkrete Konzeptüberlegungen der Provinz Limburg zur Via Belgica, um es als grenzüberschreitendes Gesamtprojekt über Interreg-Mittel gefördert zu bekommen. Ebenso soll über die Regionale 2010, die im Großraum Köln stattfinden wird, das Projekt aufgegriffen und weitergeführt werden.

Zum Projekt „Wettbewerb Brückenschlag“ erklärte Herr Tacken ergänzend, dass vier Wettbewerbsteams bestehend aus jeweils einem Landschaftsplaner, einem Architekten und einem Künstler bis zum 6. Juni aufgerufen waren, Vorschläge zur Inszenierung für jeden der neun Brückenstandorte einzureichen. Zur Zeit werde die Vorprüfung der Vorschläge durchgeführt. Am 19. Juni werde in einer Jury-Sitzung über die Wettbewerbssieger für jeden Standort entschieden. Die Verwaltung werde versuchen, bereits in der Ratssitzung am folgenden Tag die für Übach-Palenberg relevanten Vorschläge vorstellen zu können.

Sachkundiger Bürger Hermanns fragte, ob nach dem Jury-Urteil noch die Möglichkeit bestehe, einen anderen Vorschlag oder ein modifiziertes Konzept zu wählen.

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass dies grundsätzlich nicht möglich sei, der Rat jedoch letztendlich die Entscheidung darüber habe, ob der jeweilige Vorschlag zur Förderung beantragt werde.

2.2 Vorstellung Teilprojekte 2007

Protokoll:

Herr Tacke erläuterte die Überlegungen zur Errichtung eines Wohnmobilstellplatzes westlich des Bahnhofes Palenberg am Knotenpunkt von Grün- und Metropolroute. In Zusammenhang mit der Erweiterung der P&R-Anlage und der Einrichtung eines Info-Points stelle der Wohnmobilstellplatz als Bestandteil des Masterplans „Grenzland Wurmatal“ eine wichtige Ergänzung des touristischen Angebots an einer zentralen Anlaufstelle auch im Rahmen des Gesamtprojektes „Grünmetropole“ dar.

Vorgesehen seien 12 Stellplätze im südlichen Anschluss an die P&R – Erweiterungsfläche. Als Puffer zur Bahn hin solle zwischen Stellplatz und Bahnweg ein bepflanzter Wall angelegt werden. Eine Fläche von 20 Meter Breite zwischen vorhandener P&R-Anlage und Wohnmobilstellplatz solle zum Erhalt von höherwertigem Baumbestand frei bleiben und könne bei Bedarf später als Erweiterungsfläche dienen. Zur Deckung der Unterhaltungskosten solle eine Stellplatzgebühr von 5,00 € je Übernachtungstag sowie ein Kostenbeitrag für Strom und Frischwasser erhoben werden.

Vorgesehen sei ebenso eine Entsorgungsmöglichkeit für Abwässer. Ausgehend von einem Auslastungsgrad von 30 % ergäben sich Einnahmen in einer Größenordnung von ca. 6.500 € jährlich. Aufgrund der überaus positiven Erfahrungen in Waldfeucht und Wegberg mit den dort eingerichteten Wohnmobilstellplätzen könne durchaus auch ein höherer Auslastungsgrad realistisch sein, sodass für den städtischen Haushalt sogar eine Verbesserung der Einnahmen möglich sei.

Beigeordneter Schlüter ergänzte, dass bei Kosten in Höhe von ca. 118.000 € eine 80 prozentige Förderung des Projektes als arbeitsmarktpolitische Maßnahme erwartet wird und somit bei der Stadt ein Eigenanteil in Höhe von 23.600 € verbleibe.

Stadtverordneter Fröschen erklärte für die CDU-Fraktion, dass sie den Wohnmobilstellplatz ablehnen werde. Zum einen geschehe das aus Kostengründen, zum anderen sei man der Auffassung, dass ein Wohnmobilstellplatz zum jetzigen Zeitpunkt wegen mangelnder Attraktivität wohl kaum angenommen werde. Hier solle vielmehr die weitere touristische Entwicklung abgewartet werden.

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass er nur im Rahmen der EuRegionale die Möglichkeit sähe, für den Wohnmobilstellplatz eine Förderung zu erhalten. Insofern solle man auch jetzt diese Chance nutzen. Er führte weiter aus, dass für Wohnmobilstellplätze eine große Nachfrage bestünde, wie andere Beispiele aus dem Kreis Heinsberg zeigten. Im übrigen werde sowohl im Rahmen des Projektes „Grenzland Wurmatal“ als auch der „Grünmetropole“ intensive Öffentlichkeitsarbeit zur Vermarktung solcher Teilprojekte betrieben werden. Zudem vertrete er die Auffassung, dass Übach-Palenberg durchaus viele attraktiven Seiten habe. Dies falle jedoch häufiger aus dem externen Blickwinkel auf. Einheimische sähen oft die positiven Dinge nicht.

Sachkundige Bürgerin Appelrath erkundigte sich nach der Zufahrt für

Wohnmobile und nach dem Eingriff in Natur und Landschaft.
Herr Tacke erläuterte, dass die Zufahrt zum Wohnmobilstellplatz über die bestehende Zufahrt der P&R-Anlage erfolgen solle. Die Fläche des Wohnmobilstellplatzes betrage knapp 1.000 qm. Der Ausgleichsbedarf belaufe sich auf etwa 3.000 Öko-Punkte, der auf den städtischen Eigenanteil in Zusammenhang mit der ökologischen Aufwertung durch das Projekt „Biotopvernetzung Frelenberg-Süd“ angerechnet werden soll.
Beigeordneter Schlüter ergänzte, dass keine komplette Versiegelung stattfinden solle, sondern durch entsprechende Materialauswahl eine flächige Versickerung des Niederschlagswassers vorgesehen sei.

Sachkundiger Bürger Joeris bezweifelte, dass der Standort des Wohnmobilstellplatzes gut gewählt sei. Der Zuglärm werde sich auf Dauer als nachteilig erweisen und den Stellplatz unattraktiv machen. Es sei dabei auch zu berücksichtigen, dass die Züge immer schneller und damit auch immer lauter würden.

Stadtverordnete Bartel erklärte für die SPD-Fraktion, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Beschlussempfehlung:

Das vorgestellte Teilprojekt „Wohnmobilstellplatz“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ein Förderantrag zur Umsetzung des Projektes im Jahre 2007 ist in 2006 zu stellen. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushaltsjahr 2007 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

3 Bebauungsplanangelegenheiten

3.1 Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 9. Änderung

hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Protokoll:

Stadtverordneter Fröschen befürwortete die BP-Änderung für die CDU-Fraktion als nahe liegend und folgerichtig.

Beschlussempfehlung:

1. Die 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd – wird angeordnet.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

jeweils einstimmig

3.2 Bebauungsplan Nr. 91 Bahnhofsumfeld 2. Änderung

hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Protokoll:

Beigeordneter Schlüter erklärte, die bereits unter dem Tagesordnungspunkt 2 vorgestellten Planungen zur Erweiterung der P&R-Anlage und zur Einrichtung eines Wohnmobilstellplatzes seien Ursache für die beabsichtigte 2. Änderung des BP 91, der für die zu überplanende Fläche den Erhalt einer Waldfläche vorsehe.

Stadtverordneter Fröschen gab zu bedenken, dass es sich bei der für die Änderung in Betracht kommende Fläche um eine Altlastfläche handle. Da in diesem Bereich in den Jahren 1944/1945 die direkte Frontlinie mit schweren Kämpfen verlaufen sei, sei nicht auszuschließen, dass sich auf der Fläche auch noch Munitionsreste aus dieser Zeit befinden könnten. Für Sachkundigen Bürger Joeris sei nicht auszuschließen, dass der Boden mit Benzin kontaminiert sei. Er könne sich noch erinnern, dass auf dem Abstellgleis früher öfter Waggons voller Benzin abgestellt gewesen seien. Daher halte er es für erforderlich hier vorab eine entsprechende Schadstoffuntersuchung durchzuführen.

Beigeordneter Schlüter stellte fest, dass es sich um einen Teilbereich einer Altlastenverdachtsfläche handle. Im Vorfeld der Abtragung eines Bereiches dieser Fläche in Zusammenhang mit dem Bauvorhaben „LIDL“ seien Sondierungen vorgenommen worden, deren Analyse die Zuordnung zur Schadstoffklasse Z 1.1 ergeben habe. Material dieser Schadstoffklasse könne deponiert werden oder, wie das Beispiel „LIDL“ zeige auch wieder eingebaut werden. Der Anregung des Herrn Joeris werde die Verwaltung nachkommen.

Beschlussempfehlung:

4. Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 91 – Bahnhofsumfeld – wird angeordnet.
5. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

6. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

jeweils einstimmig

3.3 Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg -

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Protokoll:

Herr Müller von der EBV GmbH erläuterte die Änderungen, die sich aufgrund des Beteiligungsverfahrens gegenüber der Vorstellung des Planentwurfes im März ergeben hätten.

Zur Verminderung einer gerade in den Wintermonaten möglichen Beschattung anliegender Grundstücke und Gebäude in der von-Liebig-Straße sei die Baugrenze verschoben und die Firstrichtung der mit den Nummern 6/7 und 8/9 gekennzeichneten Doppelhäuser verbindlich als Festsetzung geändert worden. Weiterhin seien die Vorgartenflächen zeichnerisch dargestellt, ein Fußweg durch die Grünanlage gelegt und Mülltonnenplätze berücksichtigt worden. Von der gewünschten Verbindung zwischen einem Grundstück an der von-Liebig-Straße zu der vorgesehenen Stichstraße im Norden des Baugebietes sei abgesehen worden, da eine solche Verbindung einen Störfaktor darstellen würde. Eventuell könne hier später eine privatrechtliche Lösung gefunden werden.

Sachkundige Bürgerin Appelrath fragte, inwieweit der Investor Einfluss auf eine ökologisch orientierte Bauweise, zum Beispiel in Form von Solarenergienutzung, habe. Sie wolle anregen, dass die zukünftigen Bauherren durch den Investor im Hinblick auf ökologisches Bauen und Wohnen beraten werden.

Beigeordneter Schlüter erklärte, dass die Festsetzungen wie etwa die erwähnte Firstrichtung auf ein Mindestmaß beschränkt worden seien, um möglichst vielen individuellen Bauwünschen Rechnung tragen zu können. Die Anregung zur ökologischen Bauberatung durch den Investor werde auf jeden Fall aufgenommen.

Beschlussempfehlung:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Anregungen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.7 entschieden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.11 entschieden.

3. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 97 – Kirchenweg - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 97 – Kirchenweg – wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

jeweils einstimmig

3.4 Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg - hier: Straßenausbauplanung

Protokoll:

Herr Brendt vom gleichnamigen Ing. Büro stellte die Straßenausbauplanung vor. Das gesamte Baugebiet werde als verkehrsberuhigter Bereich mit kurzen Straßenabschnitten und möglichst vielen Versätzen als „Tempo 7-Zone“ ausgewiesen. Die Befahrung des Baugebietes mit einem dreiaxigen Müllfahrzeug ist möglich, nicht jedoch für Sattelschlepper. Im Straßenraum sind insgesamt drei Plätze, die zur Mitte hin aufgewölbt sind, vorgesehen. Die Anpflanzung von Bäumen sei auf diese Plätze konzentriert, wobei der größte Platz mit sechs Bäumen und vier Stellflächen ausgestattet werden soll. Im Gegensatz zum sonstigen niveaugleichen Ausbau werden die Plätze und Parkflächen ringsum mit einem vier Zentimeter hohen Bordstein umgeben.

Die Stichstraßen seien gegliedert in einen Gehweg von einem Meter Breite, den Parkständen von zwei Meter Breite und der 4 Meter breiten Fahrbahn. Die Gliederung im Bereich des großen Platzes bestehe aus einem Gehweg von zwei Meter Breite jeweils rechts und links des Platzes, zwei anschließenden Fahrbahnen von je zwei Meter Breite und dem 2,50 Meter Platzbereich in der Mitte. Die Hauptdurchfahrtstraße sei gegliedert in je zwei Gehwege und Parkstände mit jeweils zwei Metern Breite und einer mittigen 4,50 Meter breiten Fahrbahn. In den Zufahrtbereichen zum Baugebiet seien harte Aufpflasterungen vorgesehen.

Sachkundige Bürgerin Kuhlmeier erkundigte sich nach den Mülltonnenplätzen.

Herr Brendt erklärte, diese seien jeweils an den Ecken zu den Stichwegen angeordnet.

Sachkundiger Bürger Joeris regte an, den Platz, an dem lediglich ein Baum vorgesehen ist, mit Sitzgelegenheiten als Möglichkeit zum Verweilen auszustatten.

Beschlussempfehlung:

Die Grundzüge der Straßenausbauplanung werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3.5 Bebauungsplan Nr. 97 - Kirchenweg - hier: Externe Ausgleichsmaßnahmen

Protokoll:

Herr Schollmeyer stellte als Landschaftsplaner das externe Ausgleichskonzept vor. Der Eingriff in Natur und Landschaft sei durch die verschiedenen Bepflanzungsmaßnahmen im Baugebiet nicht vollständig ausgleichbar. Mit den Baumpflanzungen in den Platzbereichen, der Bepflanzung in und um das Regenrückhaltebecken als auch der Spielfläche und der Anlage von strukturarmen Gärten könnten von ca. 55.000 Öko-Punkten 60 Prozent bzw. ca. 33.000 ÖP innerhalb des Baugebietes ausgleichen werden. Die verbleibenden rd. 22.000 ÖP müssten über eine externe Ausgleichsmaßnahme kompensiert werden.

In Abstimmung mit der Verwaltung und dem Investor sei vorgesehen, diesen Ausgleich auf einer städtischen Fläche im zwischen dem Gymnasium und der Johanniter Str. bzw. Otto-von-Hubach-Straße in Form einer Parkanlage zu realisieren. An ökologischen Maßnahmen seien die Anlage von Hecken, einer parallel zur Otto-von-Hubach-Straße und Johanniter Straße verlaufenden Baumallee, Strauchgruppen, Einzelbäume und Obstbäume vorgesehen. Das etwa zwei Hektar große Gelände soll zu den unmittelbar hinter der Dreifachsporthalle des Gymnasiums vorgesehen Sportflächen bis zu einer maximalen Höhe von vier Metern profiliert, mit Wegeverbindungen durchzogen und mit einzelnen Ruhebänken und Spielgeräten versehen werden. Zwei Platzbereiche können Jugendlichen und den Anwohnern als Treffpunkt aber auch als Veranstaltungsorte dienen. Für die vorhandenen Neubaugebiete aber auch für zukünftig entstehende Baugebiete im Umfeld des Rimburger Ackers könne so eine zentrale Park- und Naherholungsanlage entstehen.

Stadtverordneter Fröhlich fragte, inwieweit die vorgestellte Planung über den Ausgleichsbedarf für das Baugebiet „Kirchenweg“ hinaus gehe und wann das Gesamtkonzept realisiert werden könne.

Herr Schollmeyer erklärte, eine genaue Berechnung sei noch nicht erfolgt, die Gesamtmaßnahme ginge aber auf jeden Fall über den externen Ausgleichsbedarf für das Baugebiet „Kirchenweg“ hinaus. Beigeordneter Schlüter erklärte, dass es sich um einen ersten Vorentwurf handle. Die Realisierung könne in mehreren zusammenhängenden Abschnitten erfolgen und weiteren Ausgleichsbedarf für andere Eingriffe abdecken. Hintergrund für das Konzept sei aber auch, dass sowohl durch die Geländeprofilierung als auch durch die Bepflanzung dem lärmtechnischen Entwurf in Zusammenhang mit der Streetball-Anlage und zusätzlichen Spielfeldern und zukünftigen Baugebieten entspreche.

Stadtverordnete Bartel, sachkundige Bürgerin Appelrath und Stadtverord-

neter Fröschen begrüßten das vorgestellte Konzept für ihre jeweiligen Fraktionen.

Beschlussempfehlung:

Der notwendige externe ökologische Ausgleich für den Bebauungsplan Nr. 97 – Kirchenweg - wird auf einer Fläche an der Otto-von-Hubach-Str./Johanniterstraße erbracht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4 Flächennutzungsplanangelegenheiten

4.1 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der öffentlichen Auslegung

Protokoll:

Auf die entsprechende Nachfrage des Stadtverordneten Fröschen erklärte Beigeordneter Schlüter, dass laut einer Begutachtung des Büros Achten & Jansen und des Tiefbauamtes der Stadt die vorhandenen Kanalkapazitäten in Scherpenseel ausreichen, um das durch das Baugebiet mehr anfallende Abwasser problemlos abzuleiten.

Beschlussempfehlung:

5. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragene Anregung wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden.
6. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.10 entschieden.
7. Der Entwurf zur 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg wird beschlossen.
8. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 30. Änderung des Flächennutzungsplanes Kirchenweg wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

jeweils einstimmig

**4.2 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich P+R-Platz
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Grünfläche" in "Verkehrsfläche" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschlussempfehlung:

7. Für den im Lageplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.
8. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
9. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

jeweils einstimmig

4.3 32. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Brünestraße

hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Mischgebiet" und "Gewerbegebiet"

Beschlussempfehlung:

10. Für den im Lageplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 32. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet.
11. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
12. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

jeweils einstimmig

5 Antrag der Deutschen Bahn AG (DB AG) zum Umbau von 4 Bahnübergangssicherungsanlagen

hier: Bahnübergang 4 -Zweibrücken-

Protokoll:

Herr Hensgens erklärte, der Ausschuss habe sich bereits im Juli 2003 mit dem von der Deutschen Bahn AG vorgesehenen Umbau am Bahnübergang Zweibrücken befasst. Damals hatte der Ausschuss beschlossen, das gewünschte Linksabbiegeverbot hinter der Bahnschranke in den bahnbegleitenden Wirtschaftsweg nicht zu realisieren. Um dieser Forderung nachzukommen, wäre ein umfassender Umbau des Einmündungsbereiches des Bahnseitenweges in die Straße „Zweibrücken“ bei einem städtischen Kostenanteil in Höhe von ca. 25.000 € erforderlich. In Zusammenhang mit der Renaturierung der Wurm fänden derzeit Verhandlungen in Zusammenhang mit dem Erwerb von landwirtschaftlichen südlich von Zweibrücken statt, sodass nur noch die Zufahrt zum Haus „Zweibrücken 13“ betroffen sein könnte. Vor diesem Hintergrund schlage die Verwaltung vor, auf die ursprüngliche Forderung zu verzichten, sodass auf die Stadt lediglich Kosten in Höhe von 8.500 € als Anteil an den Umbaumaßnahmen direkt am Bahnübergang zukämen.

Stadtverordnete Bartel fragte, wofür die Stadt 8.500 € zahlen solle. Herr Hensgens erklärte, dies sei er Kostenanteil für die Nebenanlagen. Im speziellen Fall würden die beiden vorhandenen Halbschranken aus Sicherheitsgründen ergänzt durch zwei zusätzliche Gehwegschranken. Für die gesamte Umbaumaßnahme seien im übrigen insgesamt 270.000 € veranschlagt.

Beschlussempfehlung:

Der Bahnübergang Zweibrücken wird ohne bauliche Veränderung des Wirtschaftsweges umgestaltet, eine Einfahrt als Linksabbieger in den Bahnseitenweg und eine Ausfahrt als Rechtsabbieger sind zukünftig aus Sicherheitsgründen nicht mehr möglich.

Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 8.500 € sind im Haushalt 2007 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6 Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Anfrage

Sachkundiger Bürger Hermanns fragte, ob für die Treppenanlage zwischen dem Schulgelände in Marienberg und der Hügelstraße die Stadt zuständig sei, da die Treppeneinfassungen durch Erosionsschäden in Mitleidenschaft gezogen worden seien und eine Sicherheitsgefährdung darstellten.

Beigeordneter Schlüter sagte eine kurzfristige Klärung der Frage zu.

Stv. Ausschussvorsitzender Fröhlich schloss um 19.46 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss stv. Ausschussvorsitzender um 19.56 Uhr die Sitzung.

Fröhlich.....
stv. Ausschussvorsitzender.....

Tacken...
Schriftführer